

ContraSalon

Dipl.- Ing. Jürgen Wahl - Privater politischer Brief - Nr. 12 - 1.7. 2018

Lage in Polen Juni 2018

Mein Bericht über Polen soll mindestens einmal im Monat laufen

Quellen (abgeschlossen 1.7.2018)

GW = Gazeta Wyborcza, linksliberal

Rz = Rzeczpospolita, konservativ-liberal

DGP = Dziennik Gazeta Prawna, liberal

GPC = Gazeta Polska Codziennie, national-konservativ

TP = Tygodnik Powszechny, liberal-katholisches Wochenblatt

PK = Politika, linksliberale Wochenzeitung

Gerüchte über Regierungsumbildung nach Kommunalwahl im Herbst. Kaczynski verlangt, dass Minister, die 2019 ins EP wollen, schon nach den Kommunalwahlen abtreten sollen. Sein Krankenhausaufenthalt zieht sich. Seine beiden Knie sollen ausgetauscht werden. ((Besuch von Bpräs. Steinmeier unterstreiche, so Medien, „dass Polen zum Kern der EU gehöre.“ Deutschland sei „der engste und einflussreichste Partner Polens in der EU“. /// Einflussreiche Autoren wie MdEP Cichocki schimpfen über deutsche Medien. Sie würden Polen als nationalistisch, fremdenfeindlich und euroskeptisch beschreiben.

Das Institut ISP fand aber heraus: 56% Polen finden Deutschland sympathisch, nur 29% Deutsche schätzten Polen. 64% Polen und 31% Deutsche halten die Beziehungen zwischen PL und D für „schlecht“ --- Die Krise in Italien wird in den Medien mit der These kommentiert, nun sei Polen noch wichtiger für die EU.

Gerücht am 6.6., dass Donald Tusk bei den Europa-wahlen mit einer eigenen Liste in Polen antreten wolle. Den Schaden hätte vor allem die PO, deren Chef Sche-tyna noch immer das Problem habe, in Teilen der PO nicht als Chef akzeptiert zu werden.

Auf das andere Gerücht, die PiS wolle nach der Europawahl in die EVP-Fraktion, regiert EVP-Fraktionschef Manfred Weber kühl: „Steht nicht auf der Agenda“. Die PO hatte ihn wissen lassen: „Wenn die PiS aufgenommen wird, treten wir aus.“

DGP meint, Putin habe in der EU immer mehr politische Freunde. Nennt Österreich, Ungarn, Italien, Zypern, Griechenland, Frankreich und Portugal. Sie seien z.B. für ein Ende der Sanktionen gegen Moskau.

Am 7.6. begann eine Intensivierung der Medienberichte zum Streit Warschau-EU-Kommission über Rechtsstaatlichkeit in Polen. Kern: Eingriffe des Staats in die Unabhängigkeit der Richter, Zwangs-Frühpensionierung etc.

Umfrage 11.6.: Kaczynski 33% (- 5); PO 26, SLD 10, Kukiz 6, PSL 6, Nowoczesna 4.
Weiter mit einer fest verankerten Regierung: PiS hat in Umfragen 40% PiS, PO 28%.

Beklagt in GPC: EU-Kommission habe deutsche Unterstützung gegen Polen beim Art-7-Verfahren. Rz: „Eine Tragödie für Polen wäre es, zwischen Trump oder Merkel wählen zu müssen.“ /// Krach in Sachen Oberster Gerichtshof: Fünf Richter wollen gegen Regierung (über 65 Jahre alt) im Amt bleiben. Berufen sich auf die „Unabsetzbarkeit von Richtern“.

Amt des Präsidenten nennt Fragen, die das Volk in einem inzwischen vielfach abgelehnten Verfassungsreferendum beantworten sollte: Verfassungsbasis christliche Tradition? - In EU und NATO bleiben? - Schutz der Familie? - Soziale Marktwirtschaft? - Schutz der Landwirtschaft? - Erweiterung der Rechte des Präsidenten? Im September soll der Senat darüber abstimmen, ob das von Duda gewünschte Referendum stattfinden soll.

Schon zum zweiten Mal richten am 12.6. polnische Promis, darunter Ex-Präsidenten, Ex-MPs und Oppositionsführer, einen Appell an die EU in Brüssel, sie solle die Rechtsstaatlichkeit Polens verteidigen.

Am 14.6. klagt der Chefredakteur der Polityka: „Niemals seit 1989 hat sich Polen in einer so schwachen Position gegenüber beiden Seiten des Atlantiks befunden.“ Dies sei die „Folge der Megalomanie“ der Regierung und ihrer Tendenz, die Realitäten zu verleugnen. Außerdem wird kritisiert, dass Präsident E. Macron Polen nicht eingeladen habe, in einer EU-Interventionstruppe mitzumachen.

Zum Krach zwischen EU-Kommission und Warschau schreiben die meisten poln. Blätter, Kommissar Timmermans sei im Recht. Man solle einen Kompromiss suchen und z.B. die Frühpensionierung von hohen polnischen Richtern stoppen. Und auch: „Warum nicht einen Runden Tisch machen?“

Dem Aufruf folgen Demos von KOD, Obywatele RP und 150 kleineren Gruppen. PO-Chef Schetyna wiederholt, dass er die EU-Komm unterstützt. - Es mehren sich Berichte über Neonazis in Deutschland und Antisemitismus. Verdacht: Die Verfasser „übersehen“, dass es Ähnliches in Polen gibt und sind in Wahrheit antideutsch unterwegs,

Tatsächlich interessant sind polnische Kommentare zur Karl-Marx-Ausstellung in Trier. Es fehlten alle Bezüge auf „unheilvolle Elemente des Marxismus“. Der runde Geburtstag von Marx werde von Trier fast fröhlich und stolz begangen, - „eine Schande“.

Am 22.6. kritisieren Rz und andere die Europapolitik der polnischen Opposition. Sie schade in Brüssel Polen. Im übrigen könne sie gegen die PiS nur mit einem polnischen Macron gewinnen, den habe sie aber nicht.

Zum dritten Treffen der deutschen und polnischen Reg,-Chefs überwiegend Medien-Beifall. Der Klima-Gipfel im Dez. in Kattowitz könne ein Erfolg werden. Man meint sogar, Berlin ändere seine Haltung zum Projekt Nord Stream 2. Auch habe Merkel anerkannt, dass Polen die Massen ukrainischer Einwanderer als Flüchtlinge sehe.

Umfrage 20.6.: 56% Polen-Sympathie für Deutschland, 28% deutsche Sympathie für Polen. Polen sehen 45% ihr Land als funktionierende Demokratie (minus 10%!) // CDU-Minister Spahn, in Polen kritisch gesehen, habe sich „mit dem umstrittenen neuen US-Botschafter in Berlin angefreundet“.

48% der Polen meinen, ihre Regierung habe Schuld am Krach mit „Brüssel“, 21% sehen die Schuld beim Rat der EU. Bei PO-Anhängern sind sogar 82% der Meinung, Warschau sei schuld. - Senatsmarschall Karczewski erklärt, 10.bis 11. November sei „unpassend“ für das vom Präsidenten Duda gewollte Referendum. Doch könne man „vielleicht“ ein solches Referendum mit der nächsten Europawahl verbinden. Diese Idee wurde schon öfter mit Hinweisen auf die Kosten vorgetragen.

Starkes Echo auf polnische Interviews mit W. Schäuble, der deutlich machte, dass er die Vorwürfe von Kommissionsvize Timmermans an Polen nicht teilt. Schäuble. „Ich bin überzeugt, dass Polen ein Rechtsstaat bleibt.“ Er fügte hinzu, dass man Polen und auch Ungarn immer dafür danke, dass sie die Wende und damit Deutschlands Wiedervereinigung in Gang setzten.

Am 27.6. breites Echo nach Anhörung Polens im Rat (Art. 7) in Luxemburg, vertreten durch Europaminister Szymanski. Ein 50 Seiten starkes polnisches Papier wurde drei Stunden diskutiert. Dann stellte sich heraus, dass die bulgarische Präsidentschaft nichts erklären wollte. Damit wandert die Sache in die ab 1.7. laufende österreichische Präsidentschaft. Klar wurde auch, dass elf EU-Länder Polen unterstützen. Sie blieben dem Rat beim Gipfel fern.

Am 28.6. war von einer starken *Wende* die Rede. Timmermans habe die Zustimmung für ein Vertragsverletzungsverfahren contra Polen erhalten. Auch Juncker sei nicht mehr dagegen. „Man“ sei einig in der Auffassung, dass „Brüssel“ das Recht habe, „die nationalen Gesetze zur Gerichtsbarkeit zu kontrollieren“. Mal schauen, was nach den Ferien passiert...

EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani verlor deutlich den Anschluss. Er ist weiter der Ansicht, dass Flüchtlinge den EU-Staaten „zugewiesen“ werden sollen. Beschluss wurde aber, dass Flüchtlinge nur freiwillig aufgenommen werden können. Tajani verlangte auch einen „Marschall-Plan“ für Afrika. Auch diese Formulierung wurde überholt. Es geht wesentlich um Länder Afrikas am Mittelmeer.

Der Krach mit den Richtern geht weiter. 63 von 74 oberste Richter kamen zusammen und kritisierten die geplante staatliche Senkung des Rentenalters. Sie sei verfassungsfeindlich, denn die Verfassung garantiere den Richtern Unabsetzbarkeit.

Umfrage zur Flüchtlingsaufnahme: 53% sind dagegen., 45% dafür. Zahlen von 2017: dafür erst 37%. 56% würden Flüchtlinge akzeptieren, wenn andernfalls Polen aus der EU geworfen würde.

=====

Aktuelle Zahlen zum Meeresspiegelanstieg

Eisverluste in der Antarktis führen seit dem Jahr 1992 zu einem Meeresspiegelanstieg, der sich in den letzten Jahren beschleunigt. Das berichten 84 Wissenschaftler von 44 internationalen Organisationen in der Fachzeitschrift **Nature**. Sie kombinierten für ein Klimagutachten im Rahmen der Ice Sheet Mass Balance Inter-Comparison Exercise (IMBIE) Daten von 13 Satellitenmissionen.

Vor dem Jahr 2012 verlor der antarktische Eispanzer kontinuierlich 76 Milliarden Tonnen Eis pro Jahr, das ist mehr als alles Wasser im Bodensee – und ließ damit den globalen Meeresspiegel jährlich um 0,2 Millimeter ansteigen. Zwischen 2012 und 2017 verlor der Kontinent 219 Milliarden Tonnen Eis, so dass sich der Beitrag zum Meeresspiegelanstieg **auf 0,6 Millimeter pro Jahr verdreifachte**. Damit trägt die Antarktis mit etwa einem Drittel zur gegenwärtigen Beschleunigung des Meeresspiegelanstiegs bei.

Der Eisverlust in den letzten fünf Jahren setzt sich zusammen aus einem beschleunigten Abfluss von Gletschern in der Westantarktis und auf der Antarktischen Halbinsel sowie einem geringeren Schneefall in der Ostantarktis. Dabei veränderte sich die Bilanz in der Westantarktis am stärksten: Verlor die Region in den 1990er Jahren 53 Milliarden Tonnen, so stieg die jährliche Abnahme in den Jahren seit 2012 auf 159 Milliarden Tonnen an. An der Nordspitze des Kontinents hat der Zusammenbruch eines großen Eisschelfs an der Antarktischen Halbinsel seit Anfang der 2000er Jahre zu einem Anstieg des Eisverlustes um 25 Milliarden Tonnen pro Jahr geführt. Der Eisschild in der Ostantarktis wächst durch erhöhten Schneezutrag derzeit im langjährigen Mittel leicht. Der jährliche Zuwachs von fünf Milliarden Tonnen in den letzten 25 Jahren kann den Massenverlust in der Westantarktis jedoch nicht ausgleichen.

Leitautoren des Gutachtens sind Prof. Andrew Shepherd (University of Leeds, Großbritannien) und Dr. Erik Ivins (NASA's Jet Propulsion Laboratory, California, USA), mit Unterstützung der Europäischen Weltraumbehörde ESA und der US-amerikanischen NASA. „Laut unseren Analysen ist es in den letzten zehn Jahren zu einer Beschleunigung des Massenverlustes in der Antarktis gekommen.“

Die Vergleichsstudie bilanziert die Massenverluste mit bisher unerreichter Genauigkeit. Vom Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI) sind der Klimawissenschaftler Dr. Ingo Sasgen und der Glaziologe Dr. Veit Helm beteiligt.

„Wir haben Beiträge zur Landhebung und Eishöhenänderung in der Antarktis geleistet“, berichtet Ingo Sasgen. Eine von drei der Nature-Publikation zugrundeliegenden Methoden ist die Eismassenbilanzierung auf Basis der Erdanziehung (Satellitengravimetrie). „Die Landhebung entsteht durch den Rückgang des Eises seit der letzten Eiszeit. Das geringere Gewicht des Eisschildes führt zeitverzögert zu einer Landhebung und Massenänderung im Erdinnern, die wir herausrechnen müssen“, erklärt Ingo Sasgen seinen Beitrag, der beispielsweise auf Daten der GRACE-Satelliten basiert (siehe AWI-Pressemitteilung vom 17.05.18: <https://www.awi.de/nc/ueber-uns/service/presse-detailansicht/presse>

[gletscherschmelze-unter-beobachtung.html](#)). Eine weitere Methode, die in der Vergleichsstudie Anwendung fand, ist die direkte Messung der Höhenänderung mit Hilfe von Radarwellen, die Satellitenaltimetrie. Diese Daten wurden unter anderem von Veit Helm ausgewertet. Sie reichen bis in die frühen Neunziger Jahre zurück und bilden eine lückenlose Zeitreihe, die derzeit vom ESA-Satelliten CryoSat-2 fortgeführt wird.

HELMUT KOHL

Für Deutschland - Für Europa

Ich empfehle meinen Leserinnen und Lesern ein gutes neues Buch über Helmut Kohl, produziert von der Zeitschrift „Die Politische Meinung“, Das Projekt war zum ersten Todestag des Kanzlers geplant worden und ist ein Beweis für die Erfahrung, dass Gutes immer noch besser gemacht werden kann.

Denn das Buch bietet hochinteressante Beiträge von George H.W. Bush, Alfred Grosser, Jean-Claude Juncker, Klaus Kinkel, Charlotte Knobloch, Angela Merkel, Wolfgang Schäuble, Bernhard Vogel und anderen Politikern, die Kohl begegneten oder mit ihm für die Union stritten.

Das Buch kostet 5 € und ist im Buchhandel wie in Kiosken zu kaufen. Oder bei der Adenauer-Stiftung, e-mail – politische-meinung@kas.de

Geschrieben + redigiert von Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

Tel. 0228- 32.43.81 // e-mail: post@jwahl.de // Deine/Ihre 2018-Spende bitte an dieses Konto: Volksbank in 53343 Wachtberg

IBAN = DE 15 3706 9805 0101403017 // BIC = GENODED 1 WV I